



# MAGAZIN

Meinung

**EU-Gipfel: Einigung auf Kosten von Frieden**

Thema

**Eilmeldung: Krieg!**

Im Gespräch

**Friedensforscher Prof. Dr. Conrad Schetter**

Reportage

**Tiefe Gräben im „sowjetischen Marseille“**



**Aufruf** Seite 21  
**Europa als Friedensprojekt stark machen**

## Was Sie in diesem Heft erwartet

4 In eigener Sache

5 Meinung

### EU-Gipfel

**Einigung auf Kosten von Frieden und globaler Solidarität**



6 Thema

### Eilmeldung: Krieg!

**Wie Medien unsere Wahrnehmung von Konflikten prägen**



10 Im Gespräch

### Prof. Dr. Conrad Schetter

**„Aufrüstung ist der falsche Weg“**



14 Im Fokus

16 Friedenspolitik

**Europa als Friedensprojekt stark machen**



18 Kurznachrichten

20 Reportage

**Tiefe Gräben im „sowjetischen Marseille“  
Friedensarbeit in der Ukraine**



24 Rätsel & Rezept

26 Stiftung & Friedensläufe

27 Spenden

**zfd** Ziviler Friedensdienst  
Wir scheuen keine Konflikte.

 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit finanzieller Unterstützung durch das Programm Ziviler Friedensdienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

## Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

## Impressum

Herausgeber:  
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.  
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln  
E-Mail: kontakt@forumZFD.de  
Internet: www.forumZFD.de  
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),  
Philipp Mund, Thomas Oelerich,  
Hannah Sanders  
Gestaltung: www.sonja-kleffner.de  
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück  
Papier: 100 % Recyclingpapier  
Fotos ohne Angaben: © forumZFD

© Rene Flitzek



## Zum Titel

Das Bild zeigt drei Aktivistinnen im ukrainischen Odessa, die für eine Theateraufführung proben. Jede von ihnen bringt ihre individuelle Geschichte mit. Nataliia Peftibay (rechts im Bild) musste ihre Heimat im Osten des Landes aufgrund des Kriegs verlassen. Gemeinsam mit den anderen beiden Frauen, Anastasiia Martynenko und Kateryna Golubinskaya, arbeitet sie nun in Odessa daran, den Zusammenhalt in der Stadt zu stärken und durch das Theater Konflikt friedlich zu lösen.

Theater wird in der Friedensarbeit eingesetzt, um sich kontroversen Themen zu nähern und Reflexionsprozesse in Gang zu setzen. Es hilft Menschen, Gefühle auszudrücken, für die ihnen in einem Gespräch womöglich die Worte fehlen. Die Beteiligten stärken gezielt ihre sozialen Kompetenzen wie aktives Zuhören, Empathie und gewaltfreie Kommunikation.

Das forumZFD fördert diesen Ansatz in Odessa mit dem Projekt „Puls der Stadt“. Lokale Aktivist\*innen lernen, wie sie durch Theater und andere künstlerische Methoden einen gesellschaftlichen Diskurs initiieren können. Während Corona mussten die monatlichen Aufführungen jedoch pausieren. Auch viele andere Projekte konnten nicht wie geplant umgesetzt werden. Doch die Friedensarbeit in Odessa geht weiter – gerade in Zeiten der Pandemie. Mehr dazu lesen Sie ab Seite 20.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

im Schatten der Corona-Pandemie geraten andere Krisen aus dem Blick. Doch sie sind mitnichten gelöst. Das gilt für die Klimakrise ebenso wie für viele Kriege und Konflikte, sagt Friedensforscher Conrad Schetter im Interview dieser MAGAZIN-Ausgabe.

Unsere Friedensarbeit geht auch in Zeiten der globalen Pandemie weiter. So freuen wir uns sehr, in unserer Reportage aus dem ukrainischen Odessa von Nachbarschaftsinitiativen und deren lokaler Friedensarbeit, die vom forumZFD unterstützt wird, berichten zu können.

Im Februar, kurz vor Ausbruch der Pandemie, hatte unser Team auf den Philippinen zu einer internationalen Konferenz über die Rolle von Medien in Konflikten eingeladen. Dieses Thema ist für unsere Arbeit in vielen Projektländern von großer Bedeutung. Sigrun Rottmann, Referentin auf besagter Konferenz auf Mindanao, hat es für uns in dieser Ausgabe anschaulich erklärt.

Auch unsere politische Arbeit für Europa als Friedensprojekt haben wir fortgesetzt, zunächst mit gut besuchten Online-Veranstaltungen und zuletzt mit einem friedenspolitischen Aufruf (siehe S. 19). Anlass für den Aufruf war die Einigung auf dem EU-Gipfel im Juli, bei der aus unserer Sicht großer Nachbesserungsbedarf besteht. Im Meinungsbeitrag (S. 5) finden Sie eine politische Einordnung zum Gipfel-Ergebnis. Weitere kurze Beiträge informieren Sie über Entwicklungen in diesem europapolitisch heißen Sommer.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



Christoph Bongard  
Leiter Kommunikation & Politik

# In eigener Sache

## Ein großes „Dankeschön“

Unterstützung in Zeiten von Corona stärkt unsere Friedensarbeit



Seit Anfang März unterliegen auch wir den Folgen der Corona-Krise. Auch wenn mit den ersten Lockerungsmaßnahmen nach dem wochenlangen Lockdown unsere Geschäftsstelle in Köln wieder in Teilbereichen besetzt ist (zwischenzeitlich hatten wir sie vollständig schließen müssen), so ist auch bei uns noch lange nicht „Normalität“ eingeleitet. Besonders in unseren Einsatzländern ist die Friedensarbeit vor enorme Herausforderungen gestellt. In der letzten MAGAZIN-Ausgabe 2/2020 hatten wir ausführlich darüber berichtet.

Es ist beeindruckend, wie es unsere Friedensfachkräfte und unsere lokalen Mitarbeitenden in den Projektregionen weltweit trotz aller Einschränkungen geschafft haben, die Friedensarbeit an vielen Stellen zu „digitalisieren“ und unter enormen – teilweise auch großen psychischen – Belastungen fortzusetzen. Zugleich waren und sind einige unserer Partnerorganisationen in existenzielle Not geraten, weil zum Beispiel wichtige Fördermittel eingebrochen sind oder sich ehrenamtliche Mitarbeitende in den Friedensprojekten aufgrund von Arbeitsplatzverlust oder anderer Einschränkungen zunächst dem Überlebensalltag in den Familien stellen mussten.

In dieser schwierigen Situation haben wir uns verschiedentlich an Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für unsere Friedensarbeit gewandt. Dabei waren wir uns nicht sicher, ob sich die Corona-Krise möglicherweise negativ auf die Spendenbereitschaft auswirken würde.



Sie haben uns eines Besseren belehrt und ein wirklich beeindruckendes Zeichen der Solidarität in Zeiten von Corona gesetzt.

Die verschiedenen Spendenaufrufe der vergangenen Monate wurden von vielen Menschen so positiv aufgenommen und beantwortet, wie wir es nicht erwarten konnten. Unsere gesamte Friedensarbeit hat durch Ihre Unterstützung eine besondere Wertschätzung und Förderung erfahren, die uns Mut und Zuversicht geben, dass wir als Friedensorganisation diese Corona-Krise werden meistern können. Allen unseren Mitarbeitenden im In- und Ausland und allen, die unsere Friedensarbeit finanziell unterstützen und fördern, möchten wir darum ein ganz großes „Dankeschön“ aussprechen.

Bleiben Sie mit uns und unserer Friedensarbeit verbunden: „Entschieden für Frieden!“

Der Vorstand des forumZFD e. V.  
Oliver Knabe, Sonja Wiekenberg-Mlalandle und Alexander Mauz



## EU-Gipfel

Einigung auf Kosten von Frieden und globaler Solidarität

von Christoph Bongard

**Es ist eine gute Nachricht für Europa, dass der EU-Gipfel überhaupt mit einer Einigung geendet hat. Der Kompromiss der Staats- und Regierungschef\*innen setzt ein Zeichen des Zusammenhalts in Europa. Aber das Ergebnis geht auf Kosten von Europas Verantwortung für eine gerechte, nachhaltige und friedliche Welt. Jetzt kommt es auf das EU-Parlament an.**

Auf dem viertägigen Marathon-Gipfel im Juli haben sich die Regierungsoberhäupter der Europäischen Union nach langen und kontroversen Verhandlungen auf ein Gesamtpaket geeinigt. Dieses umfasst sowohl den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen, der die zentralen Eckpunkte des neuen EU-Haushalts von 2021 bis 2027 festlegt, als auch ein Corona-Hilfspaket in Höhe von 750 Milliarden Euro. Die auf dem Gipfel erzielte Einigung sieht gemeinschaftliche Ausgaben und Schuldenaufnahme in bislang nie dagewesenem Umfang vor. Bei aller Kritik im Detail ist das ein Zeichen innereuropäischer Solidarität in der Krise.

Doch der Kompromiss hat zahlreiche Schattenseiten. Die Staatsoberhäupter hatten vor allem die eigenen, nationalen Interessen im Blick – auf Kosten gemeinsamer europäischer Zukunftsinvestitionen in nachhaltige Entwicklung und zulasten globaler, über die EU-Grenzen hinausgehender Solidarität. Aus friedenspolitischer Sicht wurde an den falschen Stellen gespart.

Für die EU-Nachbarschaftspolitik sowie für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit sind für die nächsten sieben Jahre 70,8 Milliarden Euro vorgesehen. Das entspricht einer Kürzung um neun Milliarden Euro gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission. Das forumZFD hatte eine Verdreifachung der in diesem Budgetbereich enthaltenen Mittel für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechte gefordert. Nun werden ab 2021 noch weniger Mittel dafür zur Verfügung stehen als bislang. Wie will die Europäische Union ihrem selbst gesetzten Anspruch gerecht werden, den Frieden zu fördern, wenn sie dafür immer weniger Mittel bereitstellt?

Es besteht noch eine kleine Chance, diese Kürzungen abzuwenden: Das EU-Parlament muss dem Entwurf der Regierungsoberhäupter noch zustimmen. Zu Beginn der Verhandlungen zwischen Parlament und Rat fordert das forumZFD gemeinsam mit sechs weiteren Friedensorganisationen eine Verdreifachung der Mittel für gewaltfreie Konflikt-

bearbeitung, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die Förderung der Menschenrechte (*den vollständigen Aufruf lesen Sie auf Seite 17 dieses MAGAZINS, d. Red.*).

Vor der Europawahl 2019 hatte das alte Parlament in einer Positionierung zum Entwurf der EU-Kommission bereits eine, wenn auch moderate, Erhöhung der Mittel für „Demokratie und Menschenrechte“ sowie „Stabilität und Frieden“ gefordert. Jetzt kommt es also auf die neugewählten Europaabgeordneten an. Sie müssen sich mit allem Nachdruck für diese Position einsetzen.

Christoph Bongard  
ist Leiter der Abteilung  
Kommunikation &  
Politik im forumZFD



# Eilmeldung: Krieg!

## Wie Medien unsere Wahrnehmung von Konflikten prägen

von Sigrun Rottmann

**Gerade bei der Berichterstattung über bewaffnete Konflikte kommt Journalist\*innen eine besondere Verantwortung zu. Doch die Kluft zwischen den Ansprüchen an guten Journalismus und der beruflichen Wirklichkeit ist oft groß. Ein möglicher Lösungsansatz: konfliktssensitive Berichterstattung.**



© Fajral Falah, Pixabay

Mittendrin im Geschehen: Medien sind oftmals unsere einzige Informationsquelle über Konflikte.

Als griechisch-zyprische und türkisch-zyprische Journalist\*innen im Sommer 2018 ein Glossar für verantwortungsvollen Sprachgebrauch in den Medien veröffentlichten, wurden sie wüst beschimpft. Die Broschüre sei ein Angriff auf die Pressefreiheit, schimpften Politiker\*innen auf beiden Seiten der seit 1974 geteilten Insel. Den Autor\*innen wurde Verrat vorgeworfen, einige erhielten Drohungen. Dabei wollten sie mit dem außergewöhnlichen Gemeinschaftsprojekt auf Wörter und Formulierungen aufmerksam machen, die im Norden und Süden der Insel Vorurteile gegen die Bevölkerung der jeweils anderen „Seite“ zementieren und Feindbilder schüren. Die Liste mit 56 Beispielen sollte andere Medienschaffende ermutigen, ausgewogener und fairer über den Konflikt zu berichten.

Doch auch aus einigen Redaktionen kam Protest: Schon vor der Veröffentlichung hatten 70 Medienschaffende einen Protestbrief gegen die Initiative unterschrieben. Für Christos Christofides, einen der Autor\*innen der Broschüre und damals Generalsekretär der Journalist\*innen-Gewerkschaft UCJ, kam die Aufregung nicht überraschend: „Wer die seit Jahrzehnten eingeschliffene Sprache der Medien über den Konflikt ändern möchte, muss viel Geduld haben“, sagt Christofides.

„Alles, was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“, schrieb der Soziologe Niklas Luhmann 1995. Seitdem hat sich die internationale Medienlandschaft nicht zuletzt durch die Digitalisierung stark verändert. Weiterhin gilt jedoch: Medien prägen unseren Blick auf und unser Bild von der Welt. Damit tragen sie dazu bei, wie Konflikte wahrgenommen werden – und sie können Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf den weiteren Verlauf nehmen. Von Medien hängt maßgeblich ab, von welchen Konflikten Menschen über-

© Beain Sen

haupt erfahren und welche Aspekte, Protagonist\*innen und Standpunkte sie für relevant halten. Im besten Fall – und dies gilt für Streitthemen in der Lokalpolitik ebenso wie für bewaffnete Konflikte – berichten Journalist\*innen über die Standpunkte aller Beteiligten, recherchieren Ursachen und Lösungsoptionen. Sie stellen also Informationen zur Verfügung, die zu einer Bewältigung beitragen könnten. Medienschaffende können Konflikte aber auch dramatisieren und aufheizen, indem sie zum Beispiel einseitig berichten, einer Nachricht ihre eigene Meinung beimischen und reißerische Begriffe einsetzen.

### Einseitige Berichterstattung heizt Konflikte auf

„In kriegerischen Konflikten spielen Medien eine wichtige Rolle“, sagt Professor Martin Löffelholz, der als Medienwissenschaftler an der Technischen Universität Ilmenau zu Kriegs- und Krisenkommunikation forscht. „Wenn über einen Konflikt intensiv berichtet wird, dann wird dieser vom Publikum auch als wichtig wahrgenommen. Das Interesse steigt, zumindest in der ersten Phase.“

Damit wächst dann auch die Information über den jeweiligen Konflikt.“

Heute haben Internetnutzende weltweit Zugriff auf ein stetig wachsendes Informationsangebot, während das Publikum fragmentiert wird und pauschale Aussagen über „die Medien“ immer schwieriger werden. Facebook, Twitter & Co. haben die Arbeit von Redaktionen verändert: Über soziale Netzwerke erhalten sie zum Beispiel Informationen und privates Bildmaterial aus Kriegsregionen, zu denen ausländische Journalist\*innen keinen Zugang haben. Soziale Netzwerke ermöglichen es Politiker\*innen und Militärs aber auch, Nutzer\*innen direkt anzusprechen. Sie sind zudem ideale Verbreitungskanäle für Lügen, Propaganda und Hetze. Dass sie Einfluss auf bewaffnete und andere Konflikte haben, scheint offensichtlich. Aussagekräftige Forschungsergebnisse dazu stehen jedoch noch aus.

Länderübergreifend lässt sich Konfliktberichterstattung nur bedingt vergleichen. Kriegsjournalismus ist in Deutschland und großen Teilen des globalen Nordens Auslandsjournalismus. In Ländern ▶



Journalist Christos Christofides (r.) und seine Co-Autor\*innen nehmen eine Auszeichnung für ihr Glossar „Worte, die von Bedeutung sind“ entgegen. Für ihr Projekt wurden sie aber auch von vielen Seiten angefeindet.

wie Jemen oder Kolumbien stehen Medienschaffende vor völlig anderen Herausforderungen.

Die kolumbianische Regierung hat 2016 ein Abkommen mit der größten Guerilla-Gruppe FARC geschlossen, doch mittlerweile ist der Friedensprozess ins Stocken geraten. Für Journalist\*innen ist Kolumbien eines der gefährlichsten Länder Lateinamerikas: Im vergangenen Jahr gab es laut der Stiftung für Pressefreiheit FLIP 515 Angriffe auf Medienschaffende, darunter 137 Bedrohungen, vier Entführungen und zwei Morde. „In der kolumbianischen Medienlandschaft hat sich in den vergangenen Jahren aber auch einiges positiv entwickelt“, sagt Juan Diego Restrepo. „Neue alternative Medien wurden gegründet und es gibt mehr Diskussionen über journalistische Qualität.“ Restrepo gründete 2008 das Nachrichtenportal „Verdad Abierta“ (Offene Wahrheit), das über eine Stiftung finanziert wird und Analysen und Hintergründe vor allem zum Friedensprozess liefert.

### Gängige Narrative hinterfragen

„Unsere Leser\*innen gehören zu einer Minderheit. Das kolumbianische Publikum ist Sensationsjournalismus gewöhnt, wie ihn die Mainstreammedien weiterhin anbieten.“ Restrepo ist überzeugt, dass Medien eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Aufarbeitung des Konflikts spielen können. Dazu müssten sie aber die Rolle des politischen und wirtschaftlichen Establishments hinterfragen und die Erlebnisse und Erwartungen jener Menschen erzählen, die unter der Gewalt des mehr als fünf Jahrzehnte währenden Konflikts am meisten gelitten haben. „Die Erfahrungen und Perspektiven vieler Kolumbianer\*innen finden in den Massenmedien keinen Platz“, sagt Restrepo. „Die verbreiten weiterhin eine oberflächliche Version der Vergangenheit und berichten über Gewaltopfer höchstens als Einzelschicksale.“



„Stimme des Friedens“: Auf den Philippinen informiert ein wöchentliches Radioprogramm die Menschen über den Friedensprozess in der muslimischen Autonomieregion Bangsamoro (siehe Infokasten rechts).

Wie in Kolumbien tendiert auch im Kosovo der Medienmainstream dazu, sich am politischen Establishment zu orientieren. Im westlichen Balkan herrscht seit zwei Jahrzehnten offiziell Frieden. Doch albanische und serbische Kosovar\*innen leben weiterhin nicht mit-, sondern nebeneinander. Immer wieder schüren die Regierungen Kosovos und Serbiens Misstrauen und Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen – mit nationalistischer Propaganda, die viele Medien ungefiltert weitergeben. „Bis auf wenige Ausnahmen berichten Journalist\*innen einseitig“, konstatiert Serbeze Haxhiaj.

Die Redakteurin beim öffentlich-rechtlichen Rundfunksender RTK kritisiert, dass in den koso-vo-albanischen Medien Serbien als der ewige Feind dargestellt werde. Ein kritischer und fairer Journalismus erfordere allerdings auch Mut: „Wer es anders macht, wird bedroht und als pro-serbisch beschimpft. Es ist zum Beispiel akzeptabel, wenn Journalist\*innen zu Kriegsverbrechen recherchieren, die von Mitgliedern einer anderen Volksgemeinschaft verübt wurden. Berichten sie über Verbrechen von Mitgliedern der eigenen Ethnie, gelten sie als Verräter\*innen.“ Kritischen Journalismus und Recherchen über Kriegsverbrechen bieten daher – ähnlich

wie in Kolumbien – vor allem nicht-kommerzielle Onlinemedien, die von internationalen Organisationen unterstützt werden.

### Insbesondere US-Militär rüstet medial auf

Ist ein Land an einem bewaffneten Konflikt beteiligt, stehen Medien besonders in der Verantwortung, faktengetreu zu berichten, Gründe für den Konflikt darzulegen und die Entwicklungen einzuordnen. Zugleich wächst die Herausforderung, nicht einer Schwarz-Weiß-Rhetorik zu folgen oder sich von den Kriegsparteien ausnutzen zu lassen. Hier sind zusätzliche Kompetenzen gefragt, denn unabhängiger Journalismus muss nicht zuletzt die PR-Strategien und medialen Inszenierungen von Politiker\*innen und Militärs hinterfragen. Weltweit haben Streitkräfte – allen voran das US-Militär – in den vergangenen Jahrzehnten medial stark aufgerüstet und ihr „Kommunikationsmanagement“ professionalisiert. Es wird daher schwieriger für Journalist\*innen, in Kriegszeiten die Botschaften von Regierungen und Streitkräften zu überprüfen – und zugleich immer wichtiger, dass sie dies tun.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass viele europäische

Medien im Kosovokrieg die politischen Argumente für den NATO-Angriff unhinterfragt übernommen haben. Der Journalist Andreas Zumach geht noch weiter: Seiner Ansicht nach haben sich deutsche Medienschaffende im Vorfeld des NATO-Angriffs auf den Kosovo und des Irakkriegs 2003 aktiv am Aufbau von Feindbildern beteiligt. Er kritisiert den wachsenden Zeitdruck, unter dem Medienschaffende aus Kriegsregionen berichten müssen. Vielen deutschen Medienschaffenden mangle es bei sicherheitspolitischen und militärischen Themen zudem an professioneller Distanz: Sie seien „regierungs- und elitenfixiert“, sagte Zumach 2017 bei einem Vortrag an der Friedensakademie Rheinland-Pfalz.

### Studierende lernen, konflikt sensitiv zu berichten

Um eine qualitativ hochwertige Konflikt- und Kriegsberichterstattung zu fördern, bieten einige Hoch- und Medienschulen im In- und Ausland Seminare über Konflikt sensitiven Journalismus (KSJ) an. Auf der philippinischen Insel Mindanao haben fünf kommunikationswissenschaftliche Studiengänge mit Unterstützung des forumZFD in diesem Jahr das Thema in ihre Lehrpläne aufgenommen; weitere sollen folgen. In Deutschland wird KSJ unter anderem am Institut für Journalistik der TU Dortmund gelehrt. Angelehnt an Kriterien des Friedens- und Konfliktforschers Johan Galtung für einen „Friedensjournalismus“ machen diese Seminare Wissens- und Reflexionsangebote für eine gute Konfliktberichterstattung. Die Teilnehmenden lernen beispielsweise, Konflikte zu analysieren und ihre eigenen Vorurteile zu reflektieren.

Zum KSJ-Konzept gehört ein verantwortungsvoller Sprachgebrauch, wie ihn auch Christos Christofides und seine Kolleg\*innen auf Zypern angeregt haben. „Wir hatten bisher leider nicht die positive Wirkung,

die wir uns erhofft hatten“, sagt Christofides. „Aber ich freue mich, dass wenigstens Lehrkräfte an einigen Hochschulen auf Zypern die Broschüre in der Journalist\*innen-ausbildung einsetzen.“ Die aktuelle politische Situation habe sicher dazu beigetragen, dass Medien auf beiden Seiten der „grünen Linie“ nicht bereit seien, ihre Berichterstattung zu überdenken. „Seit zwei Jahren passiert hier nichts, es gibt keine Verhandlungen und kein Zeichen des guten Willens.“ Das stabilisiere nationalistische Kräfte und gebe Medien wenig Spielraum für Veränderungen. „Aber das Glossar ist jetzt

in der Welt. Und wenn sich das politische Klima ändert und es wieder Annäherungen gibt, dann wird seine Zeit kommen.“

*Sigrun Rottmann ist freie Journalistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der TU Dortmund, wo sie u. a. Konflikt sensitiven Journalismus lehrt. Sie hat 2019 an der Akademie für Konflikttransformation des forumZFD die berufsbegleitende Fortbildung zur Friedens- und Konfliktberaterin absolviert. Auf einer internationalen Konferenz des forumZFD auf den Philippinen hielt sie dieses Jahr einen Vortrag über KSJ in der Lehre.*

### Konflikt sensitiver Journalismus (KSJ)

Unter KSJ versteht das forumZFD eine Medienberichterstattung, bei der Journalist\*innen ihre eigene Rolle kritisch reflektieren und gerade über Konflikte differenziert berichten. Mit verschiedenen Projekten stärkt das forumZFD KSJ in der Lehre und in der Medienpraxis. So zum Beispiel auf den Philippinen: Das forumZFD organisiert Schulungen für Lehrkräfte der Kommunikationswissenschaften und hat dafür ein eigenes KSJ-Handbuch entwickelt. Ein weiteres Projekt ist das Radioprogramm „Die Stimme des Friedens“: In der muslimischen Autonomieregion Bangsamoro im Südwesten der Philippinen, wo jahrzehntelang muslimische Rebellengruppen gegen die Zentralregierung kämpften, informiert die einstündige Sendung wöchentlich über den Friedensprozess und lässt viele Seiten zu Wort kommen. Die konflikt sensitive Berichterstattung wirkt deeskalierend und ermöglicht einen friedlichen Dialog.

2020 veranstaltete das forumZFD auf den Philippinen eine internationale Fachkonferenz zu KSJ. Einen Bericht dazu lesen Sie hier:

[www.forumZFD.de/konflikte-sind-nicht-nur-zahlen](http://www.forumZFD.de/konflikte-sind-nicht-nur-zahlen)



Die rund 300 Teilnehmenden der forumZFD-Fachkonferenz kamen aus Südostasien, Europa und dem Nahen Osten.

# „Aufrüstung ist der falsche Weg“

Friedens- und Konfliktforscher Prof. Dr. Conrad Schetter im forumZFD-Interview

Wie steht es um den Frieden in Zeiten von Corona? Im Gespräch mit dem forumZFD stellt Prof. Dr. Conrad Schetter das Friedensgutachten 2020 vor. Er erklärt, warum das Virus nicht die einzige Gefahr für den Frieden ist, was er von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erwartet und warum wir Frieden und Nachhaltigkeit zusammen denken müssen.



Das Friedensgutachten wird jährlich von den deutschen Friedensforschungsinstituten BICC, HSFK, IFSH und INEF herausgegeben. Es erscheint seit 1987 und stellt aktuell ganz klare Forderungen an die Europäische Union.

„Im Schatten der Pandemie“ – so beginnt der Titel des neuen Friedensgutachtens. Die Auswirkungen von Covid-19 haben auch Sie als Friedens- und Konfliktforscher beschäftigt. Welche Gefahren für den Frieden sehen Sie durch das Virus?

Wir haben diesen Titel gewählt, weil die Pandemie viele andere Konflikte überschattet. Alles dreht sich zurzeit um Corona, dabei gibt es zahlreiche friedensgefährdende Ereignisse weltweit, wie zum Beispiel die Kriege in Syrien, Libyen und im Jemen. Es war uns sehr wichtig, diese Gefahren für den Frieden wieder ins Bewusstsein zu rufen. Darüber hinaus hat die Pandemie direkte Auswirkungen auf Gewaltkonflikte und Friedenspolitik weltweit. Die empirische Datenlage ist zwar noch recht dünn, aber einige negative Folgen zeichnen sich bereits ab: So ist zum Beispiel die Friedensdiplomatie ins Stocken geraten, weil persönliche Treffen wegen Corona kaum noch möglich sind. Besonders dramatisch ist, dass unter der Pandemie die Sozialsysteme in vielen Ländern zusammenbrechen und längerfristig wohl auch politische Systeme. Auf politischer Ebene werden wir die tatsächlichen Folgen von

Corona aber erst in den kommenden Jahren absehen können.

Liegen in der aktuellen Krise aus Ihrer Sicht auch Chancen für die Friedensförderung?

Corona hat eines besonders deutlich gemacht: Das gesellschaftliche Leben kann sich sehr schnell verändern. Zum Klimawandel heißt es aus der Politik beispielsweise oft, man könne keine neue Richtung einschlagen, weil das Verhalten der Menschen nun einmal so sei, wie es sei. Aber die Pandemie macht deutlich, dass viele Menschen durchaus bereit sind, ihre Gewohnheiten zu ändern. Die Pandemie könnte ein Vorbild dafür sein, wie wir mit gesellschaftlichen Einschnitten umgehen.

Kann Corona wirklich eine Trendwende markieren? Schließlich sind die globalen Militärausgaben 2019 weiter gestiegen, auch Deutschland gibt von Jahr zu Jahr mehr aus.

Natürlich gibt es die Hoffnung, dass angesichts der Corona-Krise stärker in Sozialsysteme investiert wird statt in Rüstung. Im Friedensgutachten fordern wir vor allem eine

stärkere öffentliche Debatte darüber. Allerdings stehen die Zeichen weltweit eher auf Aufrüstung: Die globalen Rüstungsausgaben sind auf einem Rekordniveau und es deutet sehr viel darauf hin, dass sie weiter steigen werden. Wir beobachten eine Renaissance des Nationalstaats, etwa in Ländern wie Ungarn oder Polen. Multilaterale Vereinbarungen brechen weg, etwa im Bereich der Nuklearwaffen, über die globale Rüstungsausgaben in der Vergangenheit eingehengt werden konnten.

Sie sprechen die Schwächung der multilateralen Ordnung an. Anzeichen sind zum Beispiel, dass internationale Abkommen gekündigt oder nicht erneuert werden und der UN-Sicherheitsrat sich häufig selbst blockiert. Ist das auch eine Gefahr für den Frieden?

Auf jeden Fall. Wenn die multilaterale Ordnung zusammenbricht, kann das den globalen Frieden grundlegend und langfristig gefährden. Das Konkurrenzverhalten und die Konflikte zwischen den USA und China nehmen rasant zu, und Russland mischt als dritter Akteur mit. Wir fordern daher, ▶

## Verteilung der weltweiten Rüstungsausgaben

Auf 15 Staaten entfallen 80 Prozent von weltweit 1.822 Milliarden US-Dollar (1,8 Billionen US-Dollar)

USA	36,0 %	655.920 Mrd. \$
China	14,0 %	255.080 Mrd. \$
Saudi-Arabien	3,7 %	67.414 Mrd. \$
Indien	3,7 %	67.414 Mrd. \$
Frankreich	3,5 %	63.770 Mrd. \$
Russland	3,4 %	61.946 Mrd. \$
Großbritannien	2,7 %	49.194 Mrd. \$
Deutschland	2,7 %	49.194 Mrd. \$
Japan	2,6 %	47.372 Mrd. \$
Südkorea	2,4 %	43.728 Mrd. \$
Italien	1,5 %	27.330 Mrd. \$
Brasilien	1,5 %	27.330 Mrd. \$
Australien	1,5 %	27.330 Mrd. \$
Kanada	1,2 %	21.864 Mrd. \$
Türkei	1,0 %	18.220 Mrd. \$
Andere	19,0 %	346.180 Mrd. \$



Durch die Corona-Pandemie geraten andere Krisen und Konflikte aus dem Bewusstsein.

dass sich die Europäische Union auf der globalen Bühne für die multilaterale Ordnung starkmacht. Deshalb lautet der Untertitel des Friedensgutachtens: ‚Letzte Chance für Europa‘.

**Am 1. Juli hat Deutschland die Ratspräsidentschaft der EU für sechs Monate übernommen. Was sollte sich die Bundesregierung aus Sicht der Friedensforschung unbedingt vornehmen?**

Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft in einem hochsensiblen Moment. Ich sehe darin auch eine Chance, einige Dinge geradezurücken, die in der Vergangenheit nicht so gut liefen. Ich möchte hierzu gerne vier Punkte nennen. Der erste betrifft den partnerschaftlichen Umgang miteinander: Zu Beginn der Corona-Pandemie gab es in der EU viel Kleinstaaterei. Statt gegenseitiger Hilfe hat jeder nur auf das eigene Land geschaut. Ich hoffe, dass Europa und Deutschland daraus gelernt haben. Das neue Konjunkturprogramm geht hierbei in die richtige Richtung. Der zweite Punkt betrifft die Normdiskussion, die wir dringend brauchen. Denn in den letzten Jahren haben wir gemerkt, dass die verschiedenen EU-Partner zum Teil eine sehr unterschiedliche Sprache sprechen, was etwa Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angeht. Es geht darum, die EU nicht als einen rein wirtschaftlichen Verbund zu betrachten, sondern eine Diskussion über gemeinsame Werte zu führen.

Der dritte Punkt ist uns als Friedens- und Konfliktforschenden besonders wichtig: die Rüstungskontrolle auf europäischer Ebene. Gegenwärtig beobachten wir, dass die EU bereit ist, weitaus stärker in die Rüstungsforschung und -industrie zu investieren. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die gesetzten Standards der Exportkontrolle unter die Räder kommen. Wir warnen davor, dass über europäische Kooperationen in Zukunft verstärkt Rüstungsgüter in Konfliktregionen exportiert werden. Wir fordern, dass eine Europäisierung der Rüstungskontrolle mit der strikten Einhaltung der Exportstandards einhergehen muss. Eng damit verknüpft ist der vierte Punkt, nämlich die Frage nach einer europäischen Identität in der Sicherheitspolitik. Zuletzt wurde dies anhand des angekündigten Abzugs von US-Truppen aus Deutschland diskutiert. Gibt es eine solche europäische Identität, inwieweit stimmt diese mit der NATO überein und wo muss man eigene Wege gehen? Diese Fragen stellen sich aus meiner Sicht insbesondere für den Fall, dass Donald Trump im November wiedergewählt würde.

**Eine Diskussion über den Kurs der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist ja bereits im Gange. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat dafür geworben, die EU müsse ‚die Sprache der Macht‘ lernen und außenpolitisch verstärkt mit militärischen Mitteln ihre Interessen verteidigen. Ist das aus Ihrer Sicht der richtige Weg?**

Das muss man differenziert betrachten. Im Friedensgutachten kommen wir zu dem Ergebnis, dass diejenigen militärischen Interventionen am erfolgreichsten waren, die über die Vereinten Nationen organisiert wurden. Statt europäischer Alleingänge sollten also die Vereinten Nationen den Rahmen für Interventionen darstellen. Hier sollten sich die EU-Staaten stärker einbringen. Denn in den letzten Jahren beteiligten sie

sich kaum mit eigenen Kontingenten an Blauhelmeinsätzen. Das ist aber wohl eher nicht das, was Herr Borrell damit meint, die ‚Sprache der Macht‘ zu lernen. Er impliziert, die Europäische Union solle per se stärker militärisch auftreten. Der Erfolg eines solchen Ansatzes lässt sich aber nicht belegen. Ein Beispiel: In Mali bringen sich die EU-Kräfte stark ein. Doch es geht in Mali vor allem darum, europäische Interessen durchzusetzen – und diese Interessen bedingten eher eine Intensivierung als eine Überwindung des Konflikts. Solche Einsätze sehen wir daher sehr kritisch.

**Anfang des Jahres hat Josep Borrell zudem bei einem Besuch in Äthiopien mehr europäische Waffen für Afrika gefordert. Ist das eine vielversprechende Strategie, um Frieden zu schaffen?**

Auch das sehen wir als Friedens- und Konfliktforschende naturgemäß sehr skeptisch. Es mag Situationen geben, wo Waffenlieferungen sinnvoll sind, etwa bei Blauhelmeinsätzen. Hierzu stellen wir im Friedensgutachten fest, dass die UN-Einsätze am erfolgreichsten waren, die gut ausgerüstet waren. Aber Drittstaaten per se aufzurüsten, halten wir für den falschen Weg. Im Gegenteil: In den Konflikten etwa in Libyen, Syrien und in der Sahelregion sind Unmengen von Waffen im Umlauf. Desgleichen erleben wir immer wieder – etwa in Nigeria oder Afghanistan –, dass Waffen weiterverkauft, gestohlen oder erbeutet werden und damit bestehende Konflikte eher anheizen. Das Problem besteht gegenwärtig vor allem darin, Waffen einzusammeln und zu sichern.

**Sie haben im Friedensgutachten schon mehrfach auf die Risiken militärischer Aufrüstungshilfen hingewiesen. Dennoch scheint es weder bei der Bundesregierung noch bei der EU ein wirkliches Umdenken zu geben. Oder täuscht dieser Eindruck?**

Das Problem ist vor allem die mangelnde Transparenz. Die Bundesregierung legt nicht offen, welche konkreten Maßnahmen sie zum Beispiel unter der Ertüchtigungsinitiative in verschiedenen Ländern durchführt – welche Waffen sie an wen liefert, wo sie Waffen einsammelt, wo sie Trainings macht und so weiter. Darüber hinaus braucht es eine differenzierte Bewertung der einzelnen Einsätze. Da gibt es große Unterschiede, zum Beispiel hinsichtlich der Partner, mit denen man agiert, und was die konkrete Zielsetzung angeht. Ich denke allerdings schon, dass Einzelmaßnahmen der Ertüchtigungsinitiative wie etwa die Waffenlieferungen an die Kurden vor einigen Jahren in der Bundesregierung stark diskutiert werden.

**Im Friedensgutachten beschäftigen Sie sich mit den Gefahren für den Frieden und richten Empfehlungen an die Politik. Welche Rolle spielt dabei die Zivilgesellschaft?**

Wir beschäftigen uns immer auch mit der zivilgesellschaftlichen Komponente der Friedensförderung. Diesmal haben wir gesellschaftliche Protestbewegungen in den Vordergrund gestellt, da diese in den letzten Jahren stark gewachsen sind. Weltweit haben Menschen protestiert, etwa in Hongkong, Chile und Algerien. Der Bundesregierung fehlt eine Art Kompass beim Umgang mit diesen heterogenen Bewegungen: Auf der einen Seite vertritt sie demokratische Werte, auf der anderen Seite kuscht sie immer wieder vor autoritären Staaten, gerade wenn es um wirtschaftliche Interessen geht.

Kundgebung von „Fridays for Future“: Die Klima- und die Friedensbewegung müssten viel stärker zusammenarbeiten, so Prof. Schetter.

Es ist aber sehr wichtig, dass sie sich mit gesellschaftlichem Protest auseinandersetzt und eine klare Linie fährt. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind dabei ein zentraler Partner.

**Hat denn der Frieden aus Ihrer Sicht eine ausreichend starke Lobby in Deutschland, gerade auch seitens der Zivilgesellschaft? Fridays for Future hat im letzten Jahr eine unglaubliche Mobilisierung entfaltet, vergleichbare Proteste für den Frieden gab es dagegen nicht.**

Das stimmt. Böse gesagt kann man mit den Friedensthemen der achtziger Jahre, etwa mit nuklearer Aufrüstung, die Jugendlichen heute nicht mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Wir sehen zwei Paralleldiskussionen: Einerseits die Friedensdiskussion mit ihrer langen Tradition, andererseits die Nachhaltigkeitsdiskussion, die die Jugend stark bewegt. Diese zwei Stränge müssten wir meines Erachtens viel stärker zusammendenken. Im Friedensgutachten widmen wir beispielsweise ein ganzes Kapitel der Frage, wie sich der Klimawandel auf den Frieden auswirkt. Über eins müssen wir uns im Klaren sein: Wenn wir das Geld einsparen würden, das wir für Rüstung ausgeben, wären viele Dinge in der Nachhaltigkeitsdebatte möglich.

**Herr Prof. Dr. Schetter, vielen Dank für das Gespräch.**



**Prof. Dr. Conrad Schetter**, geboren 1966 in Bonn, studierte in seiner Heimatstadt unter anderem Geografie, Geschichte und Persisch. In seiner Promotion und in seiner Habilitation beschäftigte er sich mit Gewaltkonflikten in Afghanistan. Von 1999 bis 2013 arbeitete er am Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn. Seit 2013 ist er Direktor für Forschung am Bonn International Center for Conversion (BICC) und lehrt Friedens- und Konfliktforschung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört die Erforschung von organisierter Gewalt, Interventionspolitik sowie Flucht und Vertreibung. Er ist unter anderem Mitglied des Stiftungsrats der Deutschen Stiftung für Friedensforschung und Präsidiumsmitglied der Welthungerhilfe.



# FRIEDENS KLIMA?

Umwelt- und Friedensgruppen sind sich einig: Die Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks Datteln 4 ist ein verheerendes umweltpolitisches Signal mit Blick auf die Dringlichkeit von notwendigen Maßnahmen zum Schutz des weltweiten Klimas. Zugleich verschärft diese Entscheidung die sozialen Spannungen in unserer Gesellschaft und gefährdet ein friedvolles Miteinander. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus lokalen und internationalen Aktivist\*innen protestierte am Tag der Inbetriebnahme und forderte die Politik auf, Datteln 4 sofort zu stoppen. „Datteln 4 ist eine Provokation an alle, die sich für den Schutz unseres Planeten und eine lebenswerte Welt für diese und kommende Generationen einsetzen“, sagte eine Vertreterin vor Ort. ■



# Europäische Friedens- und Entwicklungspolitik unter der Lupe

## Online-Dialoge zur globalen Nachhaltigkeitsagenda

In einer neuen Veranstaltungsreihe setzt sich das forumZFD kritisch mit der EU-Politik und der globalen Nachhaltigkeitsagenda auseinander. Mit Gästen aus Zivilgesellschaft, Politik und Forschung sprechen wir über verschiedene Aspekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung und diskutieren, wie die EU zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen beitragen kann.

Im Juni stand das Für und Wider militärischer Hilfe für Konfliktregionen im Fokus. Zu Gast waren die Diplomatin Pamela Preusche vom Auswärtigen Amt und der Friedensforscher Dr. Max Mutschler vom Bonn International Center for Conversion (BICC). Rund 100 Teilnehmende verfolgten die Veranstaltung live im Internet und stellten viele kritische Fragen.

Die Podiumsdiskutanten waren sich einig, dass Frieden eine Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung ist. Kontrovers diskutiert wurde jedoch die Frage, ob die EU mit Militärhilfe für andere Staaten tatsächlich zu mehr Sicherheit beitragen kann. Pamela Preusche vom Auswärtigen Amt argumentierte mit Blick auf die Lieferung von militärischem Gerät: „Wir haben festgestellt, dass die Ausbildung an Grenzen stößt, wenn sie nicht auch durch das notwendige Material unterstützt wird.“

Friedensforscher Dr. Max Mutschler äußerte sich dagegen kritisch zum Konzept der Stabilisierung: „Was passiert, wenn die Sicherheitskräfte korrupt und nicht rechenschaftspflichtig sind oder die Regierung selbst Partei in einem gewalttätigen Konflikt ist? In diesen Fällen stützt man mit der vermeintlichen Stabilisierung repressive Strukturen, die ein Teil des Problems sind.“

Die Aufzeichnungen der Online-Veranstaltungen finden Sie unter [www.youtube.com/forumZFD/videos](https://www.youtube.com/forumZFD/videos).



Die EU-Abgeordnete Özlem Demirel war zu Gast beim forumZFD-Online-Dialog.

© European Union 2020, EP, Laurie DIEFFEMBACQ

## Kritik am Abschottungskurs der EU

In einer weiteren Veranstaltung der Online-Reihe lag der Schwerpunkt auf der europäischen Entwicklungspolitik. Dr. Julian Bergmann vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) verwies darauf, dass die Förderung nachhaltiger Entwicklung ein zentrales Ziel der EU sei. Gleichzeitig ließe sich aber auch ein Trend „zur Versicherheitlichung“ erkennen: Entwicklungsgelder würden zunehmend für andere Zwecke eingesetzt, insbesondere zur Abwehr von Migration.

Die Europaabgeordnete Özlem Alev Demirel (Die Linke) kritisierte die EU-Migrationspolitik scharf: „Die EU-Grenzschutzagentur Frontex bekommt eine immer stärkere militärische Komponente, die vor allem darauf ausgerichtet ist, die Grenzen abzuriegeln und eine Festung Europa zu schaffen.“ Als Beispiele nannte die Parlamentarierin unter anderem den Flüchtlingspakt der EU mit der Türkei sowie die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache.

## AUFRUF

an den Rat der Europäischen Union  
an das Europäische Parlament  
an die Präsidentin der Europäischen Kommission

RETTET DAS  
FRIEDENSPROJEKT  
EUROPA

# Europa als Friedensprojekt stark machen

Jetzt handeln. Für Frieden. Für Menschenrechte.

Die Corona-Krise zeigt uns: Bislang scheinbar Unmögliches wird machbar, wenn Entschlossenheit und politischer Wille zusammenkommen. Jetzt muss Europa solidarisch handeln. **Jetzt brauchen wir jeden Euro für den Aufbau einer gerechten, nachhaltigen und friedlichen Welt.**

2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis. Doch sie wird dieser Auszeichnung immer weniger gerecht: Die Mitgliedsstaaten bauen die EU Schritt für Schritt zu einer Festung aus und investieren immer weniger Geld in gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Menschenrechte.

**Wir fordern Sie auf: Ändern Sie den Kurs! – Jetzt ist die Zeit, Aufrüstung und Abschottung endlich zu stoppen und Europa als Friedensprojekt stark zu machen!**

## Setzen Sie sich ein für eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – innerhalb Europas und weltweit.

Stärken Sie dazu die Europäische Union als Vermittlerin in Konflikten und investieren Sie endlich mehr in zivile Friedensmissionen und Krisenprävention. Verdreifachen Sie die Förderung im nächsten EU-Finanzrahmen auf 7 Milliarden Euro für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und 3 Milliarden Euro für die Unterstützung der Zivilgesellschaft und den Schutz der Menschenrechte.

## Hören Sie auf, Flucht und Migration mit allen Mitteln abzuwehren.

Die geplante Vervielfachung der Mittel für die EU-Grenzschutzagentur Frontex mit einer ständigen Personalreserve von 10.000 ist unverhältnismäßig. Von der EU eigens aufgerüstete Verbände wie die libysche Küstenwache führen immer wieder völkerrechts- und menschenrechtswidrige Rückführungen von Flüchtlingen durch. Verzicht auf Militärhilfe und Waffenexporte an Staaten und

Milizen, die Menschenrechte verletzen oder Krieg führen. Setzen Sie sich für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien zur Rüstungsexportkontrolle ein.

## Sorgen Sie dafür, dass Europa seine Verpflichtungen zu Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung einlöst.

Europäische Entwicklungsgelder müssen uneingeschränkt für Armutsbekämpfung, Ernährungssicherung, Bildung, Gesundheit und Friedensförderung verwendet werden. Diese Mittel dürfen nicht zur Migrationsabwehr zweckentfremdet werden. Es darf nicht sein, dass vor allem solche Staaten EU-Hilfsgelder erhalten, die im Gegenzug zusagen, Menschen an Flucht und Migration nach Europa zu hindern.

## Bieten Sie Menschen in Not den Schutz, den sie brauchen. Stärken Sie das Recht auf Asyl.

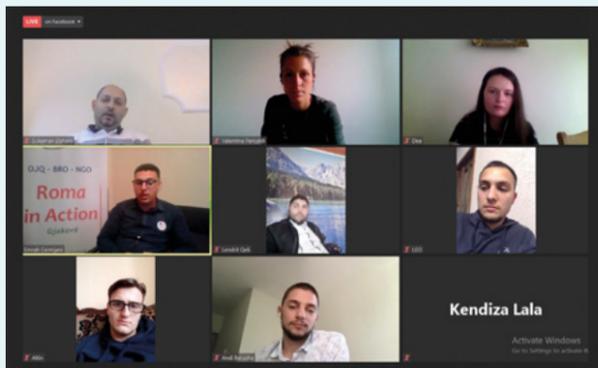
Lassen Sie nicht länger zu, dass Menschen an den Grenzen Europas sterben. Sorgen Sie dafür, dass

Schutzsuchende ein faires Asylverfahren in Europa bekommen und nicht vor den Toren der EU abgewiesen werden. „Vorprüfungen“ an den Außengrenzen Europas verstoßen gegen geltendes Völkerrecht. Alle Geflüchteten, die Europa erreichen, müssen menschenwürdige, sichere Unterbringung erhalten. Lösen Sie die Lager auf den griechischen Inseln auf! Schicken Sie Schutzsuchende nicht zurück in Länder, in denen Folter oder Verfolgung drohen oder Krieg herrscht.

## Treten Sie für internationale Zusammenarbeit und Solidarität ein – globalen Krisen wie der Corona-Pandemie muss die Welt gemeinsam begegnen.

Stärken Sie die Vereinten Nationen, um das Virus erfolgreich einzudämmen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu bewältigen. Für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, brauchen wir starke Institutionen der internationalen Zusammenarbeit.

**Europa muss dabei vorangehen. ■**



### Einblicke in die weltweite Friedensarbeit

In einer neuen Online-Gesprächsreihe berichten forumZFD-Mitarbeitende aus aller Welt. Den Anfang machte das Team aus Bosnien-Herzegowina. Landesdirektorin Judith Brand und der Historiker Dr. Nicolas Moll erläuterten, warum es 25 Jahre nach Kriegsende immer noch einen großen Bedarf für Friedensinitiativen gibt. Das Kriegsgeschehen ist bis heute in der Region kaum aufgearbeitet. Das forumZFD legt darum einen besonderen Fokus auf Projekte, die zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beitragen.

### Kulturelle Vielfalt im Kosovo

Junge Friedensaktivist\*innen aus dem Kosovo organisierten eine Online-Diskussion zum Thema Diversität. Anlass war der „Welttag der kulturellen Vielfalt“, mit dem die UNESCO jährlich am 21. Mai zu Dialog und Verständigung zwischen den Kulturen aufruft. Im Kosovo ist Diskriminierung gegenüber Minderheiten weit verbreitet. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom forumZFD und der lokalen Partnerorganisation „Roma in Aktion“. Über 200 Menschen verfolgten das Gespräch live im Internet.



In einem weiteren Online-Gespräch berichteten Karim Thabet und Helena Speidel, Friedensfachkräfte des forumZFD, über die Friedensarbeit in Jordanien. 2018 hatte das forumZFD-Team die Arbeit in dem Königreich aufgenommen. Wegen der Corona-Pandemie konnten einige Aktivitäten nicht wie geplant durchgeführt werden, doch das Team organisierte schnell Alternativen. Helena Speidel betonte: „Wir bleiben optimistisch!“

Aus dem Libanon berichtete das Team des forumZFD in Beirut. Das Land steckt seit fast einem Jahr in einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise. Die Regierung trat nach Massenprotesten zurück. Die Corona-Pandemie verschärfte die Lage zusätzlich. Im Online-Gespräch schilderten Jenny Munro und Mirjam Walter, ebenfalls Friedensfachkräfte des forumZFD, wie sie die angespannte Lage erlebt haben und warum gerade jetzt Friedensarbeit gebraucht wird.

Online-Gespräch verpasst? Sie finden alle Aufzeichnungen unter: [www.youtube.com/forumZFD/videos](http://www.youtube.com/forumZFD/videos)

### Umstrittenes Gesetz verabschiedet

Auf den Philippinen ist im Juli ein neues „Anti-Terrorismus-Gesetz“ in Kraft getreten. Das forumZFD befürchtet negative Auswirkungen auf die Friedensförderung. Insbesondere in Mindanao, der zweitgrößten Inselgruppe im Süden des Landes, könnten bestehende Konflikte eskalieren. In einer Stellungnahme erklärte das forumZFD: „In seiner jetzigen Form gefährdet das sogenannte Anti-Terrorismus-Gesetz das Recht auf freie Meinungsäußerung, Privatsphäre und ein rechtsstaatliches Verfahren.“ Die vollständige Stellungnahme finden Sie unter: [www.forumZFD.de/eine-gefahr-fuer-den-frieden-mindanao](http://www.forumZFD.de/eine-gefahr-fuer-den-frieden-mindanao)

Im nächsten Online-Gespräch am **31. August** um 18 Uhr berichten zwei forumZFD-Friedensfachkräfte über die Lage auf den Philippinen. Sie können sich per E-Mail anmelden unter [kontakt@forumZFD.de](mailto:kontakt@forumZFD.de).



© Renée Fretzek



### 20 Frauen erzählen ihre Geschichte

Die Erfahrungen von Frauen während des Krieges und in der Nachkriegszeit spielen in der öffentlichen Debatte in Bosnien-Herzegowina meist eine untergeordnete Rolle. Die Ausstellung „Peace with Women’s Faces“ stellt daher die weibliche Perspektive in den Vordergrund: 20 Frauen erzählen ihre Geschichten. Das Projekt des forumZFD und der Frauenfriedensbewegung „Mir sa éenskim“ dokumentiert in einzigartiger Weise ein Stück bosnisch-herzegowinischer Geschichte. Den englischen Ausstellungskatalog finden Sie unter: [www.dwp-balkan.org](http://www.dwp-balkan.org)



### forumZFD zu Gast bei Stockholmer Friedenskonferenz

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI veranstaltete auch dieses Jahr wieder das Stockholmer Forum für Frieden und Entwicklung. Aufgrund der Corona-Pandemie fand die Veranstaltung online statt. In diesem Rahmen luden das forumZFD und PAX zu einer virtuellen Gesprächsrunde ein, die der Frage nachging, wie eine europäische Strategie für erfolgreiche und inklusive Friedensarbeit aussehen könnte. Die rund 100 Teilnehmenden kamen hauptsächlich aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Friedensarbeit und Sicherheitspolitik.

### Positiver Jahresabschluss 2019

Das forumZFD hat das Jahr 2019 mit einer positiven Bilanz abgeschlossen: Am Jahresende steht ein Bilanzgewinn von über 33.000 Euro, wie aus dem gerade veröffentlichten Geschäftsbericht hervorgeht. Der Gesamtumsatz des Vereins stieg gegenüber dem Vorjahr deutlich um fast 20 Prozent auf 10,2 Millionen Euro. Dies ist vor allem auf die gewachsene Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zurückzuführen. Mit dem positiven Ergebnis und zusätzlich eingestellten Rücklagen geht das forumZFD gestärkt in das Jahr 2020, das unsere Friedensarbeit aufgrund der Corona-Pandemie auch finanziell vor besondere Herausforderungen stellt.



### Konsortium des ZFD macht auf Dringlichkeit der Friedensarbeit aufmerksam

Die neun im Konsortium des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) vertretenen Organisationen, darunter das forumZFD, haben angesichts der Corona-Krise für mehr Unterstützung geworben. „Um aufkommende Konflikte zu entschärfen und sozialen Unruhen vorzubeugen, ist es gerade jetzt wichtig, die zivile Friedensarbeit in fragilen Staaten fortzuführen. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie abzufedern“, heißt es in einer Stellungnahme vom Juni dieses Jahres. [www.ziviler-friedensdienst.org](http://www.ziviler-friedensdienst.org)



© Julius Wanyama

# Tiefe Gräben im „sowjetischen Marseille“

## Friedensarbeit in der Ukraine

von Daniela Prugger

**Dolce Vita am Schwarzen Meer: Die Hafenstadt Odessa ist ein beliebtes Urlaubsziel in der Ukraine. Doch unter der Oberfläche schwelen vielschichtige Konflikte und der Krieg im Osten des Landes lässt auch die Menschen in Odessa nicht unberührt. Gemeinsam mit lokalen Friedensaktivist\*innen arbeitet das forumZFD daran, die Gräben in der Stadtgemeinschaft zu überwinden.**



Mit Hilfe des forumZFD organisierten lokale Aktivist\*innen 2019 ein Kulturfestival in Odessas Innenhöfen.

© Alina Georgiu

© Stefania Amamijian

An einem Dienstagnachmittag Ende Juni rettet sich Oksana Dovgoplova gerade noch rechtzeitig vor einem Wolkenbruch in ein Café im Zentrum von Odessa. Dovgoplova, elegante Sommerbluse, dezent geschminkt, bestellt einen Cappuccino. Sie spricht die Kellnerin auf Ukrainisch an und erklärt kurz darauf, dass sie diese Sprache seit einigen Jahren bevorzugt. Odessa ist mehrheitlich russischsprachig und viele, sagt Dovgoplova, trauern noch immer einer Vergangenheit nach, in der die Stadt den Beinamen „sowjetisches Marseille“ trug. „Für manche war die Sowjetunion eine Zeit, in der Odessa reich und prachtvoll war und man sich keine Sorgen machen musste, arbeitslos oder obdachlos zu werden“, sagt die Geschichtsinstitutlerin, die an der Nationalen Universität Odessa lehrt.

Bis heute ist die Stadt am Schwarzen Meer weit über die Grenzen der Ukraine hinaus bekannt für ihr mediterranes Flair. Hier geht es weitaus weniger hektisch zu als in der Hauptstadt Kiew. Selbst die Corona-Krise kann das Urlaubsgefühl nicht ganz aus den Straßen vertreiben: Die Restaurants und Cafés sind gut besucht, an den Straßenrändern klettern junge Menschen aus den Taxis und aus den Musikboxen vor den Geschäften und Lokalen dröhnt Techno.

Doch während sich Ukrainer\*innen aus dem ganzen Land in der beliebten Küstenstadt zum Strandurlaub



Historikerin Oksana Dovgoplova: „Wir haben heute ein großes Problem in Odessa.“

© Natalia Tkachenko

und Feiern treffen, haben sich die Gräben zwischen den Stadtbe-wohner\*innen in den vergangenen Jahren vertieft, erklärt Dovgoplova. „Wir haben heute ein großes Problem in Odessa. Die beiden Gruppen, die manche als prorussisch und proukrainisch bezeichnen, sprechen nicht mehr miteinander.“

### Der Krieg im Osten ist bis nach Odessa zu spüren

Die Maidan-Revolution im Winter 2013/2014 und ihre Folgen stellten auch die Region Odessa vor eine Zerreißprobe. Wenige Wochen nach den Protesten auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz annektierte Russland die ukrainische Halbinsel Krim, im Osten des Landes begann ein Krieg zwischen der ukrainischen Armee und von Russland unterstützten separatistischen Gruppen. Bis heute hat der aktuell einzige bewaffnete Konflikt auf europäischem Boden mehr als 13.000 Menschenleben gekostet, so ein Bericht der Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen. „Als der Krieg ausbrach, gab es Menschen in Odessa, die gehofft haben, dass Russland auch diese Stadt einnimmt“, erinnert sich Dovgoplova. „Als Historikerin schäme ich mich dafür, wie die Leute hier in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Geschichtsnarrativen, Falschnachrichten und Propaganda gegeneinander ausgespielt wurden“, erzählt die Anfang 50-Jährige, die sich seither intensiv mit Erinnerungskultur beschäftigt.

Am 2. Mai 2014 geriet die Stadt – mehr als 500 Kilometer von der umkämpften Donbass-Region und der besetzten Krim entfernt – plötzlich selbst international in die Schlagzeilen. In der Innenstadt kam es zu Straßenschlachten zwischen Anhänger\*innen und Gegner\*innen der Maidan-Bewegung. „Es war schrecklich mitanzusehen“, erinnert sich Dovgoplova. „Es gab zwei politische Lager, die sich gegenseitig gehasst und gestritten haben. Die



Vor dem Gewerkschaftshaus erinnern Blumen und Botschaften an die Tragödie vom 2. Mai 2014. Bei einem Brand kamen 42 Menschen ums Leben.

einen sagten: Ihr bringt Menschen um, weil sie Russisch sprechen. Die anderen: Ihr wollt den Krieg auch in unsere Stadt bringen.“ 42 Anti-Maidan-Protestierende starben an dem Tag, als sie sich im Verlauf der Ausschreitungen ins Gewerkschaftshaus flüchteten und ein Feuer ausbrach. Wer oder was für den Brand verantwortlich war, bleibt ungeklärt, denn der Fall wurde juristisch nie vollständig aufgearbeitet. Vor Ort erinnern heute Kränze und Gedenktafeln an die Tragödie, manche der zerbrochenen Fensterscheiben wurden noch immer nicht ersetzt. „Damals“, sagt Dovgoplova, „haben diese beiden Gruppen noch miteinander gesprochen. Heute gibt es kaum Austausch. Aber die Probleme wurden nicht gelöst und die Ereignisse nicht aufgearbeitet.“

Gemeinsam mit dem forumZFD hat die Historikerin deshalb die Idee für das Projekt „Vergangenheit. Zukunft. Kunst.“ ausgearbeitet und bereits mehrere Diskussionsrunden mit Aktivist\*innen, Kunst- und Kulturschaffenden veranstaltet. Ein Versuch, den Dialog zwischen den Menschen in der Stadt wiederherzustellen. „Wir möchten die vergangenen Konflikte und Traumata gemeinsam aufarbeiten, die



Die Innenhöfe sind die verborgenen Schätze von Odessa.

Probleme aus dem aufgeheizten Kontext herauslösen und dadurch unsere Gemeinsamkeiten hervorheben.“ Die Corona-bedingte Verlagerung der Veranstaltungen ins Internet habe auch eine gute Seite, betont Dovgopolova, denn die Inhalte seien nun mehr Menschen zugänglich. „Vielleicht können nun auch unsere Mitbürger\*innen in Nachbarregionen an den Diskussionen teilnehmen.“

### Lokale Initiativen bringen Menschen zusammen

Abseits vom Trubel und den Sehenswürdigkeiten, zehn Gehminuten vom historischen Zentrum entfernt, setzt sich auch Dmytro Kovbasyuk dafür ein, dass seine Landsleute wieder miteinander ins Gespräch kommen. Kovbasyuk ist Aktivist und Initiator der Bewegung „Gute Nachbarschaft“.



Urlaubsgefühl in Odessa: Die Stadt ist bekannt für ihr mediterranes Flair.

Vor einem alten, zweistöckigen Gebäude mit gelber Fassade und Stuck sammelt der 38-Jährige im Vorbeigehen mit zwei schnellen Handgriffen Plastikmüll vom Boden auf, bevor er ein eisernes Tor aufschließt und das Herzstück seiner Arbeit präsentiert: den Innenhof.

Orangene Lilien wachsen in einem Blumenbeet, eingerahmt von einer Sitzmauer. Eine frei stehende Tür steht als Dekoration vor einer mit Efeu bewachsenen Hauswand, die vor vier Jahren Opfer ihres zeitlichen Verfalls wurde. Von einer kleinen Freilichtbühne aus überblickt Kovbasyuk den Innenhof und deutet auf die schwarzen Steinplatten auf dem Boden. „Die haben italienische Händler einst nach Odessa gebracht, wahrscheinlich im 19. Jahrhundert.“ Kovbasyuk, dessen Mutter selbst in einer der neun Wohnungen lebt, hat seit dem vergangenen Jahr dafür gesorgt, dass der gemeinsame Hof verschönert wird und zum Verweilen einlädt. Das Ziel: wieder eine Gemeinschaft werden.

Mithilfe des forumZFD organisiert Kovbasyuk Schulungen, damit auch

andere Interessierte lernen können, wie „Gute Nachbarschaft“ geht. Bei den regelmäßigen Treffen können die Aktivist\*innen sich untereinander vernetzen, methodisch weiterbilden und gemeinsam Ideen für Projekte in ihrer Nachbarschaft entwickeln. Im Sommer 2019 stellten sie beispielsweise ein Kulturfestival in den Innenhöfen von Odessa auf die Beine. Das gemeinsame Engagement für die eigene Nachbarschaft schweißt zusammen, belebt das soziale Miteinander und baut Spannungen und Konflikte zwischen den Bewohner\*innen ab.

Zehn Autominuten weiter wird Dmytro Kovbasyuk freundlich von drei Frauen begrüßt, die Leiterinnen des Kondominiums, einem stalinistischen Häuserblock mit 200 Wohnungen, der seine rund 500 Bewohner\*innen durch einen großen Innenhof verbindet. Weinreben wachsen entlang der Gemäuer, neben dem Klettergerüst für Kinder streckt sich eine Katze. Schon seit Jahren kümmern sich die Frauen um die Wohnungen, versuchen die Infrastruktur im Haus zu verbessern und das Gebäude lebensfroher zu gestalten. In Kovbasyuks Schulungen haben sie unter anderem Projektmanagement- und Fundraising-Methoden gelernt. Ihr Engagement haben die Frauen selbst inmitten der Pandemie fortgesetzt.

### Gemeinsam für eine „Gute Nachbarschaft“

„Während der Corona-Krise und den landesweiten Restriktionen haben wir fast jeden Tag im Innenhof verbracht“, erzählt Alyona, eine junge Frau mit herzlichem Lächeln und Dutt. Mit Pflanzen, Muscheln und Skulpturen haben die drei ihren Hof in den vergangenen Wochen verschönert und versucht, barrierefreier zu machen. Eine kleine Rampe ergänzt seit kurzem die marode Treppe, die zur Wäscheleine führt und nun den Alltag für ältere Menschen erleichtern soll. „Projekte

Alle Fotos auf dieser Doppelseite: © Foto: Stefania Aramujian

wie dieses tragen zu einem guten Nachbarschaftsverhältnis bei“, sagt Kovbasyuk. „Dieser Innenhof ist ein Ort, an dem die Bewohner\*innen des Hauses sich kennenlernen.“ Was hier dank der engagierten Nachbarschaftsinitiative wieder gut klappt, passiert laut Kovbasyuk in den meisten Wohnblocks der Stadt nur noch viel zu selten.

Dabei haben Innenhöfe in Odessa schon immer eine große Rolle als sozialer Treffpunkt gespielt. Sie trugen dazu bei, die Begegnung und das Vertrauen unter den Menschen zu fördern, und galten als wichtiger Ort des interkulturellen Austausches. Denn kaum eine andere Gegend in der Ukraine weist eine vergleichbare ethnische Vielfalt auf: Menschen aus der Ukraine, Russland, Moldau, Polen, Bulgarien, Albanien, Weißrussland und nicht zuletzt die jüdische Gemeinschaft haben die Region um Odessa über Jahrzehnte mitgeprägt. Doch die mittlerweile maroden Wohnhäuser im französischen und italienischen Barockstil, deren Kern die Innenhöfe bilden, werden kaum instandgehalten, manche stürzen sogar ganz in sich zusammen. Statt sie zu erhalten, ziehen große Baufirmen überall in der Stadt neue Wohnkomplexe und Hotels an ihrer Stelle hoch.

Diese lokale Bauentwicklung und die Arbeit der Behörden birgt ein großes Konfliktpotenzial, erklärt Alex Azarov, Projektberater beim forumZFD-Büro in Odessa. „Die Behörden konzentrieren sich eher auf die Entwicklung profitabler Hotelkomplexe. Der Schutz historischer Bauten und der Umwelt wird dabei eher ignoriert. Alte Bäume werden einfach gefällt. Viele Bürger\*innen ärgern sich darüber.“

Azarov, 39, sitzt an einem großen Konferenztisch. Es ist der erste Tag seit Monaten, an dem einige Mitarbeitende des siebenköpfigen Teams wieder im Büro arbeiten. Seit dem 11. März wurden in der Ukraine sukzessive Maßnahmen eingeführt,

die einer schnellen Ausbreitung des Corona-Virus entgegenwirken sollten. Die Reisefreiheit wurde eingeschränkt und wer konnte, verlagerte die Büroarbeit nach Hause. Die Auswirkungen der Restriktionen auf die Wirtschaft sind enorm. Mehr als zwei Millionen Menschen haben seither ihren Job verloren, zahlreiche Unternehmen sind pleite gegangen.

### Unterstützung in der Corona-Krise

„Viele Menschen in meinem Umfeld waren großem Stress ausgesetzt und hatten Angst davor, ihren Job zu verlieren. Und sie machten sich Sorgen um ihre Gesundheit. Da haben sich viele Emotionen aufgebaut und dann in den sozialen Netzwerken entladen“, erzählt Azarov, der sich in seiner Tätigkeit beim forumZFD viel mit dem Konzept der „gewaltfreien Kommunikation“ beschäftigt. Kurzerhand gründete er ein Unterstützungs-Netzwerk im Internet. Betroffene können sich online registrieren und in drei individuellen Videokonferenzen über ihre Gefühle, Ängste und Gedanken sprechen. Hierfür stehen 19 vom forumZFD eigens geschulte Gesprächspartner\*innen bereit.

Draußen ist der Himmel über Odessa wieder strahlend blau. Menschengruppen flanieren in den Einkaufsstraßen, tragen Flipflops und essen Eis. Von Angst, Konflikten und Sorgen ist trotz wieder ansteigender Covid-19-Infektionen in der Ukraine und besonders in der Region Odessa



Dank Aktivisten wie Dmytro Kovbasyuk (Bildmitte) werden die Innenhöfe wieder zu Orten, an denen die Nachbar\*innen sich treffen und miteinander ins Gespräch kommen.

auf den ersten Blick wenig zu spüren. Der Tourismus läuft allmählich wieder an und gibt den Puls der Stadt vor. Unter der Oberfläche verbergen sich jedoch weiterhin die traumatischen Zerwürfnisse der vergangenen Jahre. Zusammen mit engagierten Aktivist\*innen aus der Stadt setzt sich das forumZFD dafür ein, dass die Menschen in Odessa wieder zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen. ■

Daniela Prugger berichtet als freiberufliche Journalistin aus der Ukraine.

### Das forumZFD in der Ukraine

Im Jahr 2017 hat das forumZFD die Arbeit in der Ukraine aufgenommen. Die zehn Mitarbeitenden sind in Kiew und Odessa tätig. Ziel ist es, zivile Organisationen und lokale Friedensaktivist\*innen darin zu unterstützen, bestehende Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten. Die Projekte reichen von Bildungsarbeit über lokale Konfliktanalyse bis hin zu Vergangenheitsbewältigung und Kunstprojekten für soziale Veränderungen.

Mehr erfahren Sie unter: [www.forumZFD.de/ukraine](http://www.forumZFD.de/ukraine)

# Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 11. September das Lösungswort und gewinnen Sie ein Päckchen unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendungen des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinner\*innen aus.

Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf:

[www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee](http://www.forumZFD.de/publikation/friedenskaffee)



## Die Rätselfragen:

- In welcher Sonderverwaltungszone ist ein neues Sicherheitsgesetz in Kraft getreten?
- Nachname des Afroamerikaners, der am 25.05.2020 in den USA durch eine gewaltsame Festnahme getötet wurde?
- Höchster jüdischer Feiertag?
- Kürzlich aufgrund rechtsextremistischer Vorfälle zum Teil aufgelöstes Spezialkommando?
- Auf welchem deutschen Fliegerhorst lagern 20 Atombomben der USA?
- Was fordern verschiedene Organisationen, unter anderem Lobbycontrol oder Abgeordnetenwatch?
- In welcher Stadt befindet sich das ukrainische Büro des forumZFD?
- Präsident, der sich mit dem Corona-Virus infiziert hat?
- Abkürzung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa?
- Welche geteilte Insel wird im Artikel „Die Rolle von Medien in Konflikten“ thematisiert?
- Welches Land hat am 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen?
- Um welches byzantinische Meisterwerk in der Türkei entbrennt aktuell ein Konflikt?
- Welcher deutsche Politiker stellte sich in den Dienst einer US-Firma und stürzte in eine Lobbyismus-Affäre?
- Chinesische Social-Media-App, die aufgrund mangelnden Datenschutzes immer wieder in der Kritik steht?
- Unternehmen, bei dem 1,9 Milliarden Euro verschwunden sind?
- Größte Nachrichtenagentur Deutschlands?
- Donald Trumps bevorzugte Social-Media-Plattform?
- Jordanisches Gericht, mit dem Gästen gerne eine besondere Aufwartung gemacht wird?
- Aktienindex der 30 größten deutschen Unternehmen?
- Eine neue Kampagne des forumZFD fordert: „Europa als (...) stark machen“

1 2 3 4 5 6 : 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 .  
18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 .

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 14. September unter: [www.forumZFD.de/raetsel](http://www.forumZFD.de/raetsel)



# Mansaf

## Das jordanische Nationalgericht

Morad Al Qadi schreibt:

„Wenn Sie in ein jordanisches Haus eingeladen werden und Ihnen Mansaf serviert wird, gilt dies als das ultimative Zeichen für Großzügigkeit und Gastfreundschaft. Bis heute wird Mansaf auf einer großen Gemeinschaftsplatte zu besonderen Anlässen serviert.“

Mansaf wird traditionell mit der Hand gegessen. Die Verwendung eines eigenen Tellers und eines Löffels ist vollkommen in Ordnung, aber ich empfehle Ihnen, es zunächst mit der Hand zu versuchen.

Mindestens einmal im Leben müssen Sie Mansaf mit der Hand gegessen haben. Wenn ich vor dieser riesigen Mansaf-Platte sitze, würde ich am liebsten bis zu meinen Ellbogen in Jameed, Reis und Fleisch eintauchen. Versuchen Sie es einmal. Ich wünsche Ihnen „Guten Appetit!“



Morad Al Qadi ist Projektmanager des forumZFD in der jordanischen Hauptstadt Amman.

### Zutaten:

- 3 kg Lammshoulderfleisch am Knochen
- 2 große Zwiebeln
- 7 Kardamomkapseln
- 1 Ball Jameed (Trockenjoghurt)
- 4 EL Ghee (geklärte Butter)
- 4 Tassen Reis
- 1 TL Kurkuma
- Pinienkerne und/oder Mandeln
- Jordanisches Fladenbrot (Shrak)

### Zubereitung:

Zur Vorbereitung:

- Der Jameed-Ball wird in kleine Stücke zerlegt und 24 Stunden in Wasser getaucht. Bei sehr stark ausgetrockneten Jameed-Kugeln, diese einfach in einen Beutel legen und solange darauf hämmern, bis sie sich in Stücke verwandeln.

Am nächsten Tag:

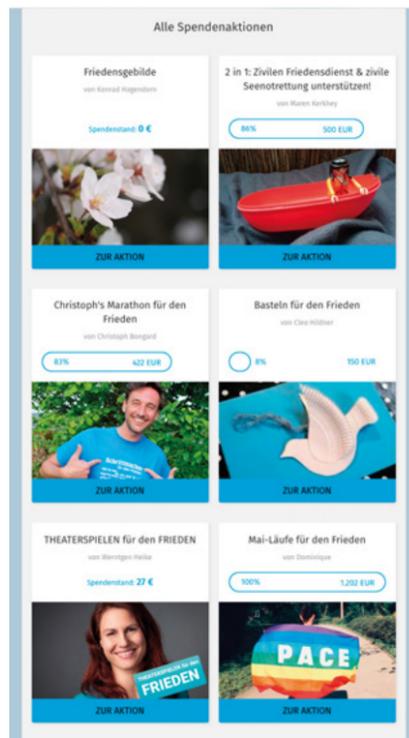
- Nun werden das Lamm, die geschnittenen Zwiebeln, Kardamomkapseln und die geklärte Butter mit etwas Wasser zum Kochen gebracht.
- In der Zwischenzeit das in Wasser eingeweichte Jameed kräftig durchrühren, bis alles zu einer glatten Joghurtflüssigkeit geworden ist. Diese dann in einem separaten, unbedeckten Topf zum Kochen bringen.
- Nach ca. 30 min wird das Fleisch zusammen mit der Lammbrühe und 1/2 TL Kurkuma zur Jameed-Sauce hinzugegeben und bei kleiner Stufe weiter erhitzt.
- Für den Reis sechs Tassen Wasser zum Kochen bringen, Ghee, 1/2 TL Kurkuma und Salz hinzufügen. Nun den Reis hinzufügen und so lange köcheln lassen, bis der Reis locker ist.
- In der Zwischenzeit die Mandeln halbieren und zusammen mit den Pinienkernen rösten.
- Wenn das Fleisch zart ist und die Joghurtsauce eine cremig dicke Textur erreicht hat, kann das Gericht zusammengestellt werden. Dazu wird auf eine große Platte das Fladenbrot gelegt und mit Reis und Lamm belegt. Mit Mandeln und Pinienkernen wird das Gericht verziert und die Joghurtsauce dazu serviert.



# Aktionen für den Frieden

## Tolles Engagement für unsere Friedensarbeit deutschlandweit

Von Bonn bis Berlin, von Freiburg bis Münster haben viele Menschen kreative Spendenaktionen für den Frieden gestartet: Sie haben viele Kilometer mit dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt, Postkarten gemalt und an Freund\*innen versandt oder einfach den eigenen Geburtstag als Anlass zum Spendensammeln genutzt und Freundinnen und Freunde zum Mitmachen animiert. Wir freuen uns sehr über dieses großartige Engagement.



### Zum Hintergrund: Online-Spendenaktionen statt Friedensläufe

Bis zu 150.000 Euro Spendeneinnahmen fehlen dem forumZFD durch die Corona-bedingte Absage aller Friedensläufe, bei denen knapp 15.000 Kinder und Jugendliche aus acht Städten an den Start gegangen wären.

Damit wir unsere Friedensarbeit dennoch möglichst ohne Einschränkungen fortführen können, haben wir unter [www.run4peace.eu/spendenaktionen](http://www.run4peace.eu/spendenaktionen) eine Online-Plattform eingerichtet, über die jede\*r eine eigene Spendenaktion starten kann. Das muss nicht unbedingt ein Friedenslauf sein. Auch jede andere Aktion für den Frieden ist möglich. Radfahren, Postkarten schreiben, Häkeln, seine eigenen Spenden verdoppeln lassen oder den eigenen

Geburtstag nutzen etc. Viele kreative Ideen sind denkbar, um Spenden für die Friedensarbeit zu sammeln.

### So einfach sind Sie selbst dabei!

Machen auch Sie mit! Lassen Sie sich vom Engagement von Marcel aus Köln, der Radtour von Jürgen aus Freiburg oder der Postkartenaktion von Henriette aus Aachen inspirieren und starten Sie gleich selbst eine Spendenaktion. Eine hilfreiche Schritt-für-Schritt-Anleitung sowie ein kleines Erklärvideo finden Sie ebenfalls auf [www.run4peace.eu/spendenaktionen](http://www.run4peace.eu/spendenaktionen). Mitmachen ist wirklich ganz einfach und dauert nur wenige Minuten!

Und selbst wenn Sie keine eigene Aktion anlegen: Alternativ können Sie einfach eine der vorhandenen Spendenaktionen unterstützen. ■

# Ihr Jubiläumsgeschenk

## forumZFD möchte zum 25. Geburtstag 250 neue Förder\*innen gewinnen

Am 11. Februar 2021 jährt sich die Gründung des forumZFD zum 25. Mal. Aus einer anfänglich kleinen friedenspolitischen Initiative wurde eine wichtige zivilgesellschaftliche Stimme für den Frieden.

Über unsere Geschäftsstelle im Friedenshaus Am Kölner Brett organisieren derzeit 45 hauptamtliche Mitarbeitende den Einsatz von Friedensfachkräften in verschiedenen Teilen der Welt, auch in Deutschland. Neben konkreten Friedensprojekten zur Prävention von Gewalt und zur Förderung ziviler Konfliktbearbeitung gehören die Ausbildung von Friedensfachkräften in unserer Akademie für Konflikttransformation sowie unsere Kampagnen- und Lobbyarbeit für den Ausbau von Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung zum festen Bestandteil unseres Friedensengagements.

Ohne das kontinuierliche Anwachsen der Unterstützung durch Spender\*innen wäre diese großartige Entwicklung nicht möglich gewesen. Neben den zahlreichen Einzelspen-

den bilden insbesondere die regelmäßigen Förderbeiträge über erteilte Einzugsermächtigungen eine wichtige Grundlage unserer Friedensarbeit.

In der letzten Ausgabe des MAGAZINs hatten wir erstmals unsere Zielsetzung zu unserem 25-jährigen Jubiläum formuliert: Wir möchten bis Ende 2021 insgesamt 250 neue Förderer und Förderinnen gewinnen. Die aktuelle Zahl von fast 850 regelmäßigen Fördernden würde sich damit auf deutlich über 1.000 erhöhen. Auf unsere erste Bitte um ein „Geburtstagsgeschenk“ im letzten MAGAZIN erhielten wir bereits 37 neue Einzugsermächtigungen mit einer Gesamtfördersumme von über 5.000 Euro jährlich. Ganz herzlichen Dank an alle „Neuen“ und Willkommen in der Förderfamilie des forumZFD.

Wir freuen uns über jedes weitere Geburtstagsgeschenk, mit dem Sie unsere Friedensarbeit sowohl langfristig fördern als auch unsere politische Unabhängigkeit nachhaltig sichern helfen. ■



### Unsere Bitte an Sie für ein Geburtstagsgeschenk zum Jubiläum

Wir haben uns zum Jubiläum ein Ziel gesetzt: Bis Ende 2021 möchten wir 250 zusätzliche Menschen gewinnen, die mit einem Betrag von mindestens 10 € im Monat unsere Friedensarbeit dauerhaft fördern. Helfen Sie mit, dieses Ziel zu erreichen. Werden Sie Friedensinvestor\*in!

Einen Förderbetrag an das forumZFD können Sie auch einer anderen Person als Geschenk machen. Der einfachste Weg zu einer dauerhaften Unterstützung findet sich unter:

[www.forumZFD.de/25jahre](http://www.forumZFD.de/25jahre)

**Wir sagen: DANKE!**

## „Das macht Sinn!“

Sie möchten Ihre Rücklagen oder Teile Ihres Vermögens für den Frieden arbeiten lassen? Wir beraten Sie gerne.

Spendenkonto Stiftung:  
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

[www.stiftung-forumZFD.de](http://www.stiftung-forumZFD.de)



## forumZFD

Stiftung  
Forum Ziviler Friedensdienst



Ihr Ansprechpartner ist:

Thomas Oelerich, Referent für  
Kommunikation und Fundraising  
Telefon 0221 - 91 27 32-32  
E-Mail [oelerich@forumZFD.de](mailto:oelerich@forumZFD.de)



forumZFD  
Spenden-  
barometer

### Spendenkonten:

**GLS Gemeinschaftsbank:**  
IBAN DE90 4306 0967 4103 7264 00  
**Bank für Sozialwirtschaft (BFS):**  
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01

Bei Fragen hilft Ihnen gerne  
Thomas Oelerich weiter (siehe linke Seite).



Das forumZFD ist Unterzeichner der  
„Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:  
[www.forumZFD.de/transparenzinitiative](http://www.forumZFD.de/transparenzinitiative)

### Unsere Agenda für 2021

25

Jahre forumZFD

250

neue Förder\*innen

25.000

Euro für die Friedensarbeit

„Auch aus Steinen,  
die einem in den Weg gelegt werden,  
kann man Schönes bauen.“

Johann Wolfgang von Goethe



forumZFD



mit freundlicher Genehmigung von Kostas Koufajorgos

## Entschieden für Frieden

### forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.  
Am Kölner Brett 8  
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0  
Fax 0221 – 91 27 32-99  
E-Mail kontakt@forumZFD.de  
www.forumZFD.de

GLS Gemeinschaftsbank  
Spendenkonto: DE90 4306 0967 4103 7264 00  
Bank für Sozialwirtschaft (BFS)  
Spendenkonto: DE37 3702 0500 0008 2401 01